

Autor	Beitrag
Meike 18.02.2011 07:01	Hallo zusammen, nun das wird sicherlich noch sehr interessant werden. Ich bin sehr gespannt was aus den Untersuchungen der CDU u.a. herauskommt. Vielleicht wird dazu dann eine Komplettliste herausgegeben. Gruß Meike http://www.soester-anzeiger.de/nachrichten/politik/bericht-verdeckte-gluecksspielspenden-deutsche-parteien-1128663.html München - Aus Deutschlands führendem Spielhallen-Konzern, der Gauselmann AG, sind laut eines Medienberichts seit 1990 verdeckt offenbar mehr als eine Million Euro an Union, SPD, FDP und Grünen geflossen. Das berichtet die "Süddeutsche Zeitung". Konzernchef Paul Gauselmann habe auf diese Weise versucht, strenge Auflagen für die umstrittenen Spielhallen zu verhindern. Die CDU untersucht jetzt die Zahlungen und hat den Bundestag informiert. Der Konzernchef verschickt die Schecks in der Regel an Abgeordnete, die er selbst auswählt. In Jahren mit Bundestagswahlen fließen nach Angaben des Glücksspiel-Industriellen bis zu 70 000 Euro - in anderen Jahren bis zu 50 000 Euro. Außerdem spendet Gauselmann mit seiner Familie und seinen Firmen selbst noch einmal Tausende Euro im Jahr an Politiker und Parteien. Die CDU teilte mit, sie habe auf Anfrage der Zeitung hin begonnen, Spenden der Familie Gauselmann und von Mitarbeitern des Konzerns zu überprüfen und habe darüber die Verwaltung des Bundestags informiert. SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks erklärte, es sei "unerheblich", bei welchem Unternehmen Spender arbeiteten.
gmg 18.02.2011 07:31	Interessantes System! Frei nach dem Motto: Wie kann man Regelwerke unterlaufen!? :wut: Irgendwie habe ich allerdings ein mathematisches Problem: Mehr als 1 Millionen € in 20 Jahren entsprechen dsntl. 5.000 € pro Jahr. In dem angesprochenen Artikel wird aber von 50.000 - 70.000 € pro Jahr gesprochen. Das wären dann doch wohl 10 Millionen € ? Grüße

Autor	Beitrag
gmg 18.02.2011 07:39	Hier jetzt der Link zu dem Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom heutigen Tage. Zitat on: Martin Morlok, einer der führenden Parteienrechtler, betrachtet das als "besonders raffiniertes System". Gauselmann führe Regie, trete aber meist nicht selbst als Spender auf. Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, das Transparenz bei Parteispenden verlangt, werde das nicht gerecht. Morlok, Direktor des Düsseldorfer Instituts für Parteienforschung, spricht von einem "geschickten Umgehungsmanöver". Zitat off Dem ist wohl nichts hinzuzufügen! Grüße
Meike 18.02.2011 07:50	Hallo gmg, in dem Artikel hieß es "In Jahren mit Bundestagswahlen fließen nach Angaben des Glücksspiel-Industriellen bis zu 70000 Euro - in anderen Jahren bis zu 50000 Euro." Es sind nicht jedes Jahr Bundestagswahlen. Ich gehe davon aus, dass der tatsächliche Umfang erst bekannt wird, wenn die Parteien durch den Bundestagspräsidenten aufgefordert werden entsprechend zu recherchieren und vorzulegen. Und dann fände ich die Namen der ausgewählten Abgeordneten wirklich sehr interessant. Vielleicht sollte man entsprechend auch im Landtag NRW anfragen. Gruß Meike
gmg 18.02.2011 07:56	Hallo Meike, interessant wäre sicherlich auch die Liste der "jährlich bis zu 20 Führungskräfte seines Unternehmens". Zusätzliche Frage: Welcher Führungskräfte in welchem Unternehmen seines Konzerns.....? Zur Verdeutlichung der Frage.... Grüße

Autor	Beitrag
rosebud 18.02.2011 08:57	quote----- Original von gmg Interessantes System! Frei nach dem Motto: Wie kann man Regelwerke unterlaufen!? :wut: Irgendwie habe ich allerdings ein mathematisches Problem: Mehr als 1 Millionen € in 20 Jahren entsprechen dsntl. 5.000 € pro Jahr. In dem angesprochenen Artikel wird aber von 50.000 - 70.000 € pro Jahr gesprochen. Das wären dann doch wohl 10 Millionen € ? Grüße ----- hi, rechnen lernen ! 20 Jahre mal € 50.000.- pro jahr macht in 20 jahren 1 Million. grüsse
Meike 18.02.2011 09:06	Hallo gmg, hier stellt sich dann auch die Frage, ob die Führungskräfte die Gelder als zweckgebundenen Einkommensbestandteil erhalten hatten und diese dann steuerlich abgesetzt hatten oder ob die entsprechende Firma im Konzern die Spende verbucht hatte und nur der Name der Führungskraft genommen wurde. Da gibt es jetzt sicherlich sehr viele Fragen. Und wenn die Spendengelder dann alle bekannt sind, kommt für mich die entscheidende Frage nach der Geldwertverkehrsrechnung, - da hoffe ich dann auf ein Finanzamt, dass sich nicht mit excel-Tabellen und glaubhaften Erläuterungen zu frieden gibt, sondern tatsächlich prüft und dann auch richtig nachrechnet. Gruß Meike
bandick 18.02.2011 09:25	wenn das stimmt, ist das tatsächlich ein skandal. interessant wäre es aber, woher diese "informationen der süddeutschen zeitung" stammen. davon steht nämlich leider nichts im artikel.

Autor	Beitrag
gmg 18.02.2011 10:20	Ich habe mir jetzt mal die Printausgabe der Süddeutschen Zeitung besorgt. Die gesamte Seite 3 (!) gibt detaillierte Informationen (mit Roß und Reiter) und ist somit sehr lesenswert. Zitat on Im vorigen Jahr haben 16 der 39 leitenden Mitarbeiter Gauselmanns an Parteien gespendet..... Die Republik hat schon viele merkwürdige Spendengeschichten erlebt; der Fall Gauselmann gehört zu den seltsamsten... Mitte August bekommt der Sozialdemokrat Rainer Wend einen Brief.... usw. Alles sehr informativ. Also Printausgabe besorgen... Grüße
Meike 18.02.2011 10:47	Hallo gmg, besonders interessant ist auch der Auszug aus dem Schreiben von Herrn Gauselmann an seine Mitarbeiter. Und natürlich der Hinweis, dass die Prüfer vom Finanzamt "nichts gefunden" hätten. Gruß Meike
LKKS 18.02.2011 10:56	Honi soit qui mal y pense ;) Mich erstaunt derzeit die Sprachlosigkeit der hier im Forum sonst so aktiven Lobbyisten. Ausser einer mehr als dürftigen Mathematiknachhilfestunde noch nicht einmal mehr die sonst so sattem wahrnehmbare heiße Luft.
gmg 18.02.2011 10:57	Und vllt. noch: "Ich schwöre Stein und Bein für mein Unternehmen. Wir haben Ordnung drin." Grüße
gmg 18.02.2011 10:59	quote----- Original von LKKS Honi soit qui mal y pense ;) ----- Altfranzösische oder deutschsprachige Übersetzung, LKKS ? Grüße

Autor	Beitrag
petergaukler 18.02.2011 11:38	Gauselmann-Schecks für Bundestagsabgeordnete Dubiose Parteispenden vom Spielhallen-König Mehr als eine Million Euro soll Deutschlands führender Spielhallen-Konzern, die Gauselmann AG, an Union, SPD, FDP und Grünen gezahlt haben - als verdeckte Parteispende. Wie die "Süddeutsche Zeitung" berichtet, hat Konzernchef Paul Gauselmann auf diese Weise versucht, strenge Auflagen für die umstrittenen Spielhallen zu verhindern. Er habe demnach seine Manager aufgefordert, Abgeordnete regelmäßig finanziell zu unterstützen, um in der Politik "Verständnis" für die Belange der Spielautomatenbranche zu schaffen, die vielfach kritisiert werde, zitiert die Zeitung aus einem internen Rundschreiben der Konzernleitung. Paul Gauselmann, (Foto: dapd) Großansicht des Bildes [Bildunterschrift: Verschickte Schecks in Millionenhöhe an Bundestagsabgeordnete: Spielhallen-Konzernchef Gauselmann] Dem Bericht zufolge verschickte der Konzernchef die Schecks in der Regel an Abgeordnete, die er selbst auswählte. In Jahren mit Bundestagswahlen seien bis zu 70.000 Euro, in anderen Jahren bis zu 50.000 Euro geflossen. Außerdem habe Gauselmann mit seiner Familie und seinen Firmen selbst noch einmal Tausende Euro im Jahr an Politiker und Parteien gespendet. Die Spenden aus dem Glücksspielkonzern tauchten demnach in den Rechenschaftsberichten der Parteien nicht auf. Die Zahlungen sollen jeweils in kleineren Beträgen geleistet worden sein. Und Zuwendungen an die Parteien müssen erst ab 10.000 Euro pro Person oder Unternehmen und Jahr veröffentlicht werden. Parteienrechtler: ein "besonders raffiniertes System" Der Parteienrechtler Martin Morlok sprach dem Blatt gegenüber von einem "besonders raffinierten System". Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, das Transparenz bei Parteispenden verlangt, werde das nicht gerecht. Gauselmann wies den von Morlok erhobenen Vorwurf eines "geschickten Umgehungsmanövers" zurück. Die Höhe der Spenden richte sich ausschließlich danach, welche Beträge er, seine Familie und seine Manager steuerlich absetzen könnten. Das Finanzamt habe geprüft, ob die Konzern-Manager das Geld für die Spenden vom Unternehmen erstattet bekämen. Dem sei aber nicht so, deshalb habe der Fiskus nichts beanstandet. Gauselmann wirft den Bundesländern vor, ein Monopol für deren eigene Glücksspiele wie Lotto und Casinos anzustreben und die Spielhallen mit "brutaler Gewalt" zu bekämpfen. Dagegen wehre er sich. CDU informierte Bundestag Die CDU teilte mit, sie habe auf Anfrage der "Süddeutschen Zeitung" hin begonnen, Spenden der Familie Gauselmann sowie von Mitarbeitern des Konzerns zu überprüfen und habe darüber die Verwaltung des Bundestags informiert. 500.000 Menschen bundesweit krankhaft spielsüchtig Ein Mann sitzt an einem Geldspielautomaten (Foto: picture-alliance / KPA Copyright) Großansicht des Bildes [Bildunterschrift: Über drei Milliarden Euro wurden 2009 in Spielautomaten gesteckt.] Die Oberaufsicht über die Spielautomaten in Deutschland hat das Bundeswirtschaftsministerium. Noch 2006 hatte es die Regeln gelockert, sodass jetzt drei statt zwei Automaten pro Gaststätte zulässig sind. Laut einer jüngsten Studie der Universitäten Greifswald und Lübeck sind bundesweit etwa eine halbe Million Menschen krankhaft spielsüchtig. Automaten seien oft der Anfang für diese Entwicklung. Doch statt die Geräte aus Kneipen und Tankstellen zu verbannen, wie es Suchtexperten und Drogenbeauftragte fordern, setzt die Politik nun auf eine Chipkarte, die Marktführer Gauselmann vorgeschlagen hatte.

Autor	Beitrag
Meike 18.02.2011 12:40	Hallo LKKS, ich hatte hier schon mehrfach auf die Danone-Werbung hingewiesen. "Früher oder später....." Vielleicht ist die Sprachlosigkeit mit der Sorge was und wer denn nun alles genannt wird, zu erklären. Nachdem nun einige Politiker namentlich genannt wurden, ist damit zu rechnen, dass nun früher oder später alle Namen genannt werden und dann wird durch die Presse sicherlich richtig "nachgehakt". Vielleicht sind aber auch einige am Rechnen nachdem sie gelesen haben "seine Führungskräfte verdienten 200.000,-€ im Jahr, mit Bonus zeitweise sogar das doppelte." Dann wurde von "39 leitenden Mitarbeitern" geschrieben. Das wären 39 x 200.000,-€ = 7.800.000,-€ (ohne Bonus) Dann gibt es noch "6000 Mitarbeiter" und einen Umsatz von "1,3 Milliarden Euro und zahlt 300 Millionen Euro Steuern". usw. Gruß Meike P.S.: Anbei noch die Strafvorschrift aus dem ParteiG, damit ihr wisst warum ich mir so sicher bin, dass nun alle Parteien anfangen zu recherchieren, denn sie können sich ja nicht sicher sein, welche netten Begleitschreiben von Herrn Gauselmann zu Mitarbeiterschecks insgesamt bekannt sind, wie man auf S.3 in der Süddeutschen zeitung nachlesen konnte. http://www.gesetze-im-internet.de/partg/_31d.html § 31d Strafvorschriften (1) Wer in der Absicht, die Herkunft oder die Verwendung der Mittel der Partei oder des Vermögens zu verschleiern oder die öffentliche Rechenschaftslegung zu umgehen, 1. unrichtige Angaben über die Einnahmen oder über das Vermögen der Partei in einem beim Präsidenten des Deutschen Bundestages eingereichten Rechenschaftsbericht bewirkt oder einen unrichtigen Rechenschaftsbericht beim Präsidenten des Deutschen Bundestages einreicht oder 2. als Empfänger eine Spende in Teilbeträge zerlegt und verbucht oder verbuchen lässt oder 3. entgegen § 25 Abs. 1 Satz 3 eine Spende nicht weiterleitet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Nach Satz 1 wird nicht bestraft, wer unter den Voraussetzungen des § 23b Abs. 2 eine Selbstanzeige nach § 23b Abs. 1 für die Partei abgibt oder an der Abgabe mitwirkt. (2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als

Autor	Beitrag
	Prüfer oder Gehilfe eines Prüfers über das Ergebnis der Prüfung eines Rechenschaftsberichts unrichtig berichtet, im Prüfungsbericht erhebliche Umstände verschweigt oder einen inhaltlich unrichtigen Bestätigungsvermerk erteilt. Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe.

Autor	Beitrag
gmg 18.02.2011 13:10	Das hat ja doch ein bisschen gedauert.... Zitat on Gauselmann: Parteispenden sauber und transparent Der Unternehmensgründer Paul Gauselmann, der seit dreißig Jahren auch Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Automatenindustrie ist, sieht sich durch die in der Süddeutschen Zeitung aufgestellten Behauptungen ungerechtfertigt angegriffen – insbesondere deswegen, weil er gerade durch seine politischen Initiativen in erster Linie für die Interessen der Branche mit ihren mehr als 70.000 Mitarbeitern kämpft. Für Paul Gauselmann steht das Brancheninteresse immer im Vordergrund; als Unternehmer habe er sich allenfalls nur „seine Scheibe“ vom Branchenerfolg abgeschnitten. Zu den Behauptungen der Süddeutschen Zeitung nimmt die Unternehmensgruppe Gauselmann wie folgt Stellung: Die Süddeutsche Zeitung berichtet heute in großer Aufmachung von angeblich „dubiosen“ Parteispenden der Unternehmerfamilie Gauselmann und den leitenden Mitarbeitern der Unternehmensgruppe Gauselmann. Bei genauer Prüfung bleibt von den Vorwürfen und Mutmaßungen nichts übrig. Die Spendentätigkeit fand niemals verdeckt statt, sondern ganz offen und nachvollziehbar. Die Spendenschecks der leitenden Mitarbeiter wurden daher immer mit einem Begleitbrief der Unternehmensgruppe an die Politiker verschickt. Für die Parteien war damit immer ganz klar, dass der Spender in der Automatenwirtschaft tätig ist. Weder die leitenden Mitarbeiter noch die Unternehmerfamilie haben etwas zu verbergen. Zu jeder Zeit waren alle Vorgänge absolut transparent und entsprachen den Bestimmungen des Parteiengesetzes. Die Höhe der Spenden bewegte sich üblicherweise im Rahmen der steuerlichen Absetzbarkeit und waren damit nicht anzeigespflichtig. Der Artikel in der Süddeutschen Zeitung legt den Eindruck nahe, als wären die Spenden den Parteien aufgezwängt worden, um politischen Einfluss zu nehmen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das Unternehmen und den Unternehmer Gauselmann, der seit dreißig Jahren auch Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Automatenindustrie ist, erreichen laufend Spenden-Anfragen von Parteien und Politikern aller Couleurs. Sofern es möglich war, wurde diesen Wünschen entsprochen. Wenn dieses grundsätzlich positive staatsbürgerliche Engagement jetzt in ein schlechtes Licht gerückt wird, dann liegt der Gedanke nahe, dass dies mit der Diskussion um das staatliche Glücksspielmonopol der Länder zusammenhängt, das teilweise dazu zu neigen scheint, sich das nach Bundesrecht geregelte gewerbliche Spiel auch noch einverleiben zu wollen und so „Schweizer Verhältnisse“ zu schaffen. In der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung wird der Eindruck erweckt, als hätten das Unternehmen und seine leitenden Mitarbeiter mit Millionenbeträgen versucht, über den Weg der Parteispenden Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die Realität sieht anders aus. Im Jahre 2010 haben die Unternehmerfamilie und die leitenden Mitarbeiter insgesamt einen Betrag von rund 80.000 Euro gespendet – und zwar in 26 Einzelbeträgen, verteilt auf die CDU/CSU, die SPD, die FDP und die Grünen. Der behauptete Millionenbetrag ergibt sich nur, wenn man alle Spenden aus den letzten zwei Jahrzehnten zusammenrechnet. Allein schon, wenn man die Höhe der Spenden im einzelnen betrachtet, wird deutlich, dass die Spenden nicht geeignet waren, politischen Einfluss zu nehmen. Bei den Spenden handelte es sich um positive Gesten, mit denen gesellschaftspolitisches Engagement verdeutlicht werden sollte. Mehr nicht. Die Parteispenden der letzten zwanzig Jahre entsprechen in der Summe dem, was die Unternehmensgruppe Gauselmann Jahr für Jahr für ihr kulturelles und soziales Engagement ausgibt.

Autor	Beitrag
	Paul Gauselmann resümiert: "Spielen braucht Freiheit. Wie wir aus unserer Vergangenheit im Osten, aber auch im Westen wissen, ist die Freiheit immer in der Gefahr, von rechten oder linken Ideologen beschnitten zu werden. Wer die Freiheit braucht, um zu spielen oder – so wie wir – Spiele in engem gesetzlichem Rahmen gewerblich anzubieten, sollte die freiheitlichen Kräfte in Deutschland stärken. Nichts anderes haben wir mit unseren Spenden getan. Wir haben Politiker und Parteien auf Bundes- und Landesebene in ihren Wahlkämpfen symbolisch und mit vielen Beträgen unterstützt und haben damit unseren Beitrag zur Sicherung unseres freiheitlich-demokratischen Systems in Deutschland geleistet." Zitat off Link Grüße
petergaukler 18.02.2011 13:23	schluck..... :anbeten:
KARO 18.02.2011 13:30	@ Meike , das ist wohl Wasser auf Deine Mühlen , aber gleich alles in die strafrechtliche Ecke (Finanzamt) zu stellen , zeugt nur von Deiner Verbissenheit in dieser Sache , wenn es denn wirklich strafrechtlich relevant wäre , müssten alle Parteispenden in Deutschland verboten werden . Übrigens der Veröffentlichung dieser Angelegenheit (Ley.....r) , muss ja solche Sachen suchen , da er für positive Veröffentlichungen nicht bekannt ist .
domar 18.02.2011 13:50	Ihr macht Euch Gedanken... Ist das eigentlich noch Gewerberecht? Kohl hat die Spender bis heute nicht genannt. Und dabei ging es um Waffen und weitaus höhere Beträge. Fragt man noch danach? Friede Springer und die Maschmeiers werden schon dafür sorgen, dass alles wieder seine "alte Ordnung" bekommt. Die paar Tage Wirbel halten die schon aus..

Autor	Beitrag
Meike 18.02.2011 14:30	Hallo KARO, was soll das denn? Zitat: "gleich alles in die strafrechtliche Ecke (Finanzamt) zu stellen , " Es gibt ein Parteigesetz - die entsprechenden Strafvorschriften hatte ich hier eingestellt- und das gibt es nicht aufgrund meiner "Verbissenheit", sondern weil der Gesetzgeber der Auffassung war, dass es transparent sein sollte, wer von wem welche Spenden erhält. An Gesetze muss sich nun mal jeder halten und die Einhaltung gilt es zu kontrollieren. Hallo domar, die Fragestellung müsste lauten "Wie wird Gewerberecht gemacht?", denn dies war quasi der Untertitel zu dem Beitrag in der Süddeutschen. Hallo zusammen, aufgrund der Pressemitteilung der Firma Gauselmann sind nun alle Parteien entsprechend gefordert. Wie Herr Hoffmeister eben im Interview mitteilte, gab es bei jedem "Mitarbeiter-Spendenscheck" immer ein entsprechendes Begleitschreiben. Dann bin ich sehr gespannt auf die Berichte der Schatzmeister. Gruß Meike

Autor	Beitrag
Walter B 18.02.2011 17:18	quote----- Original von Meike Hallo zusammen, aufgrund der Pressemitteilung der Firma Gauselmann sind nun alle Parteien entsprechend gefordert. Wie Herr Hoffmeister eben im Interview mitteilte, gab es bei jedem "Mitarbeiter-Spendenscheck" immer ein entsprechendes Begleitschreiben. Dann bin ich sehr gespannt auf die Berichte der Schatzmeister. Gruß Meike ----- Das passt grade für Dich Meike. Dachte ich mir schon, als ich davon hörte. Jetzt gibt Meike Gas und versucht abzulenken, von Frau Füchtenschnieders Problemen. Wie wurde eben noch gefragt? Wie werden die Gelder der Frau Füchtenschnieder verwendet? Wer lebt davon und in welchen Verhältnissen? Könnte man ja auch mal abfragen? Bestimmt nicht im sozialen Wohnungsbau! Keine Antwort. Warum darf eine Firma wie adp keine 50.000 EUR und das noch gemischt an alle Parteien spenden? Pro Jahr über 20 Jahre, wohlwissend? Bist Du jetzt total durch den Wind? Gruß
play-j 18.02.2011 17:22	Was soll diese Heuchelei? seit Jahren ist es gängige Praxis von Gauselmann, als Mister Saubermann dazustehen. Mäzen von Sportklubs, Spender für die Unterprivilegierten, sodass er mit Auszeichnungen überhäuft wurde, bis hin zum Bundesverdienstkreuz für seine selbstlosen Taten. Der genannte Betrag dürfte etwas zu niedrig sein, denn es werden nur die verbuchten Spenden offengelegt, die, die im Umschlag übergeben wurden werden wohl nicht nachzuweisen sein Aus welcher Richtung kommen wohl diese neuen Erkenntnisse, kurz vor der Evaluierung der Spielverordnung, doch nicht aus der Spielbanken Ecke...oder? Gruß
k.osdorf 18.02.2011 17:25	Na, damit sind dann sämtliche Vorwürfe wohl wieder entkräftet. Keine verdeckten Spendengelder, kein Skandal. Auch aus dem Artikel der Süddeutschen Zeitung wird in keiner Zeile ersichtlich, dass diese Beträge verschleiert geflossen sind, zumal Gauselmann dazu ja auch zitiert wird. Dass solche Spenden fließen, kann man natürlich per se verwerflich finden, ist aber gang und gäbe durch sämtliche Branchen. Ob es nun ein Möbelhaus ist, eine Supermarktkette oder ein Automatenhersteller ist. Und ganz ehrlich: Ein Betrag von 1 Millionen Euro, die über einen Zeitraum von 20 Jahren an vier verschiedene Parteien geflossen sind, machen im Schnitt 12.500 € pro Partei im Jahr. Für solche Peanut-Beträge lässt sich doch kein Politiker vor einen Karren spannen.

Autor	Beitrag
KARO 18.02.2011 17:42	@ Meike , Parteiengesetz ? , was bringst Du denn jetzt wieder hierin ? , es gibt ein Parteispendingengesetz und das sagt : Spenden unter 10Tsd Euro müssen nicht veröffentlicht werden , also was ist hier falsch gelaufen ? Die Spitzen mit " Strafrechtsfolgen " bringst Du hierrein und kein anderer , aber das ist Dein Verständnis von Fairniss . Du drehst ja vollkommen ab .
Walter B 18.02.2011 17:53	quote----- Original von k.osdorf Keine verdeckten Spendengelder, kein Skandal. Auch aus dem Artikel der Süddeutschen Zeitung wird in keiner Zeile ersichtlich, dass diese Beträge verschleiert geflossen sind, ----- Da gebe ich Dir Recht.... aber was soll es. Auch bei uns hier, am Axxx der Welt, wurde versprochen und von der Presse verbreitet, den Einzelhandel zu schützen, um dann anschließend Kaufland einen Großmarkt zu genehmigen! Ich will damit nur sagen, das, was die Printer schreiben, ist mit Vorsicht zu genießen! Wenn nur die Hälfte stimmt, dann ist das schon sehr ordentlich!

Autor	Beitrag
Meike 19.02.2011 08:17	Hallo KARO, hallo Walter, im §25 Parteiengesetz findet Ihr die entscheidenden Voraussetzungen von Spendengeldern, d.h. dort könnt Ihr unter Absatz 2 z.B. nachlesen wann eine Partei KEINE Spende annehmen darf. Die Strafvorschrift könnt Ihr dort auch nachlesen, - das ist der §, den ich hier reinkopiert habe. Das sind keine "Spitzen" - Zitat Ende-, sondern das deutsche Gesetz! - Um es hier abschließend zu sagen, ich "kümmere" mich um Gesetze / Erläuterungen/ Verordnungen/ deren Kommentierung / Rechtsprechung / Maßnahmen zu Gesetzesänderungen und Handlungen/Möglichkeiten, die mit Gesetzen in Konflikt kommen bzw. kommen können. Irgend ein rechtlich völlig uninteressanter Aufruf von irgend einer Vereinsvorsitzenden, ist für mich persönlich völlig uninteressant! - Hier ist jetzt der Knackpunkt (§ 25 Abs.2 Nr.6 ParteiG) , aufgrund der Stellungnahme der Firma Gauselmann, dass eine Partei, wenn nicht klar ist, ob eine Spende, die mehr als 500,-€ beträgt von dem Spender selbst oder von nicht genannten Dritten kommt, nicht hätte angenommen werden dürfen. Warum glaubst Du wohl, dass die Schatzmeisterin der SPD auf Nachfrage der Süddeutschen angegeben hatte, dass die Firmenzugehörigkeit der Spender für die SPD "uninteressant" sei und warum glaubst Du, hat die CDU selbstständig den Bundestagsvorsitzenden über die Umstände informiert? Hier wird jetzt sicherlich im Bundestag zu prüfen sein, wie das "Begleitschreiben" von Herrn Gauselmann zu einem Spendenscheck einer Person Z unter dem Blickwinkel §25 Abs.2 Nr.6 ParteiG zu bewerten ist. Hallo play-j, ich denke, dass es erst richtig interessant wird, wenn die Namen offengelegt werden müssen, wer wann wieviel Geld als Spende erhalten hatte. Dann wird sicherlich begonnen, nachzuschauen, wie sich derjenige für was öffentlich eingesetzt hatte. Gruß Meike
k.osdorf 19.02.2011 10:26	Aber auch im Parteiengesetz steht, dass die entsprechenden Parteien verpflichtet sind, Spenden über 1.000 € beim Finanzamt/Vorstandsmitglied weiterzuleiten. Diese Verantwortung unterliegt nicht dem Spender. Insofern sehe ich aus rechtlicher Sicht kein Argument, das gegen solche Spenden spräche. Wie gesagt - gut finden muss das nicht, aber es ist eben Usus. Und wenn ein Mitarbeiter einer Firma eine Spende an Partei XY im Namen dieser Firma übergibt, dürfte doch wohl jedem klar, dass diese Spende auch im Namen des Firmenchefs überreicht wird. Da finde ich es unsinnig, auf Krampf § 25 Abs.2 Nr.6 ParteiG herbeizuzitieren, obwohl jedem klar ist, dass der unbekannte Dritte gar kein Unbekannter ist.

Autor	Beitrag
jasper 19.02.2011 13:55	quote----- Original von play-j Aus welcher Richtung kommen wohl diese neuen Erkenntnisse, kurz vor der Evaluierung der Spielverordnung, doch nicht aus der Spielbanken Ecke...oder? Gruß ----- Zeitlich würde das zwar passen, ich tippe aber auf einen abtrünnigen ex-leitenden-Angestellten. Der zitierte Brieftext in der SDZ deuten zumindest darauf hin. Zitat SD-Zeitung: "Vor der Bundestagswahl im Jahr 2002 hat er einen Vermerk geschrieben an seine „sehr geehrten leitenden Herren“. Es sei „unumwunden notwendig“, dass jeder, wenn möglich, „Parteispenden in Höhe Ihres Freibetrages von derzeit 6000 Euro zur Verfügung“ stelle. Darum habe er seit 1998 schon jedes Jahr gebeten. „Ich wäre also dankbar, wenn Sie Frau (. . .) einen Spendenscheck zukommen lassen. Dies würde uns sehr helfen, unsere Stellung am Markt (. . .) aber auch den Erhalt vieler Arbeitsplätze einschließlich Führungspersonal zu gewährleisten.“ Der Brief endet mit den Worten: „Ich hoffe, ich habe keine Fehlbitte getan.“ Ob sich diese Frau (...) noch zu Worte melden wird? Zitat aus der Gauselmann-Pressemitteilung: Bei den Spenden handelte es sich um positive Gesten, mit denen gesellschaftspolitisches Engagement verdeutlicht werden sollte. Tja, so ist halt unser demokratisches System – wer viel spendet bekommt auch viel Demokratie. Schecks an Abgeordnete als Türöffner zum Wirtschafts- u. Finanzministerium. - Wenn solch ein "Schlüssel" passt, warum nicht. Es dürfte die Aufgabe einer glaubwürdigen demokratischen Politik sein, für eine manipulationssichere Schliessanlage Sorge zu tragen. Sonst: http://de. Das Handeln des "Spenders" würde ich als moralisch bedenklich einstufen, dass Handeln dieser "fremdfinanzierten Politik" jedoch als höchst anrühlich und mit bitterem Beigeschmack von Missbrauch einer politischen Vertrauensstellung. Out of topic: Jetzt sollten auch die Spendengelder der Tabakindustrie-, Automobilindustrie-, Versicherungs- und im Hinblick auf den politischen Umbruch in Nordafrika ganz besonders der Waffenindustrielobby ganz genau angeschaut werden. Nicht das diese Aktion als Nebelkerze zu verstehen ist. Beispiel: flash911963

Autor	Beitrag
	http://www.welcome-Lockerbie-bomber-Megrahi
bandick 19.02.2011 14:14	ich habe ehrlich gesagt auch den eindruck, dass da gerade jemand wind machen will, um von anderen dingen abzulenken und im hinblick auf die evaluierung noch mal boden gut machen will. denn wie sich das ganze nach dem ersten großen schreck nun darstellt, war das am wohl doch bloß viel rauch um nichts. mich wundert bloß, dass die süddeutsche zeitung so ein fass aufmacht, obwohl gar nichts zu trinken drin ist. so viel also zum thema 'seriöse medien'.
eszet 19.02.2011 16:34	"Die Zeit" bringt es nochmal auf den Punkt. "...Die Schecks verschickte Gauselmann persönlich, mit schönem Gruß des Konzerns. Es liegt ziemlich nahe, dass er damit handfeste Interessen verfolgte. Zwar verband er die Geldzahlungen – sofern bislang bekannt – nicht mit konkreten Forderungen an die Empfänger, doch Korruption, das weiß jeder Ermittler, funktioniert subtiler. Parteispenden sind politische Landschaftspflege, eine milde Gabe an die Politik, die den Empfänger gewogen stimmen soll." Zeit Online

Autor	Beitrag
Meike 20.02.2011 07:19	Hallo zusammen, Einflußnahme und "positiv stimmen" hat nicht immer etwas mit direkten Geldzuwendungen zu tun. Insoweit möchte ich es jetzt absolut recht geben, wenn er hier zitiert "funktioniert subtiler". In den letzten Jahren wurden diverse "Systeme" durch die Presse und Ermittlungsbehörden aufgedeckt, egal ob es die kostenlosen Berater in Ministerien waren, die Einladungen zu kostspieligen "Fortbildungsmaßnahmen" oder lukrative Verträge mit Angehörigen von A,B oder C. Und Jasper hat sicherlich recht, wenn er auch nach den Spendenaktivitäten der Tabakindustrie und weiteren Lobbyisten fragt. Wer sich mit Parteienfinanzierung auskennt, weiß, dass diese auch durch die öffentliche Hand erfolgt, d.h. sie bekommen Zuwendungen nach erhaltenen Stimmenanteilen aus Steuergeldern und dazu erhalten sie Mitgliedsbeiträge und Mandatsbeiträge (Funktionsträger müssen einen Betrag x von ihren Aufwandsentschädigungen / Alimentationen abtreten). Hinzu kommt, dass die Fraktionen (egal auf welcher Ebene) aus Steuergeldern Zuwendungen erhalten für die Geschäftsräume / Büroausstattung / laufenden Kosten / Mitarbeiter. Die laufenden Kosten dürfen nicht die laufenden (gesicherten) Einnahmen übersteigen. Zudem sind Rücklagen für Wahlkämpfe zu bilden. Wofür benötigt man also Spendengelder? - Sollte man es Parteien noch erlauben überhaupt Spenden anzunehmen? - auch diese Forderung wurde bereits laut. Ich persönlich bin der Auffassung, dass jeder Spender und Sponsor ab 500,-€ Bar- oder Sachzuwendung genannt werden sollte und es sollte nur noch gestattet werden, dass die Zuwendungen direkt an die entsprechenden Schatzmeister gehen. Im Rechenschaftsbericht sollten zudem alle Sponsoren / Spender mit den Beiträgen gelistet werden. Wenn man "Umgehungstatbestände" oder nennen wir es mal "clevere Systeme" findet, die dem Willen des Gesetzgebers nicht entsprechen, egal ob im Rahmen von Bauartzulassungen oder bei der Parteispenden, sollte man die Ursachen anpacken. Gruß Meike

Autor	Beitrag
bandick 20.02.2011 07:39	aber auch hier ist ja wieder ein punkt erreicht, an dem der gesetzgeber sich ins eigene fleisch zu schneiden droht. jede politische partei ist auf spenden angewiesen, woher auch immer diese kommen mögen. entsprechend hoch dürfte das interesse sein, nicht allzu viel aufheben darum zu machen. insofern ist eben auch die frage, selbst wenn spenden ab 500 € angegeben werden, ob dann nicht irgendjemand einfach ein paar mal 499 € spendet, wenn er damit nicht in irgendwelchen büchern auftauchen will. fakt ist jedoch, wenn gauselmann die checks persönlich mit einem schönen gruß des konzerns verschickt, kann man ihm nichts vorwerfen, denn wer etwas verheimlichen will, packt sicherlich keine grußkarte dazu. oder?
Meike 20.02.2011 07:42	Hallo bandick, Du behauptest: "Jede politische Partei ist auf Spenden angewiesen" Dann erläutere bitte, wie Du Deine Behauptung begründest! Gruß Meike
bandick 20.02.2011 08:08	es ist doch ein fakt, dass die parteien mit den wahlkampfhilfen vom staat alleine nicht mehr zurechtkommen, weil alles immer größer, teurer und aufwendiger werden muss. wirf doch mal einen blick in diesen artikel aus der zeit vom letzten monat oder hier auf die auflistung vom bundestag über die parteispenden 2010. da kann man mal sehen, mit welchen summen bmw, daimler oder allfinanz um sich werfen.
gmg 20.02.2011 11:20	Die Staatsanwaltschaft Bielefeld kündigte eine Prüfung des Vorgangs an. Ein Verfahren sei aber nicht eingeleitet worden. Dafür sei es noch zu früh, sagte ein Sprecher..... Hoffmeister vermutet hinter der Veröffentlichung eine Kampagne gegen das private Glücksspiel. Insbesondere die Bundesländer versuchten, sich das nach Bundesrecht geregelte gewerbliche Spiel selbst einzuverleiben - ähnlich wie in der Schweiz, wo private Glücksspielautomaten inzwischen verboten seien.... Die Bundes-FDP verwies am Freitag auf ein Schreiben der Partei an die »Süddeutsche Zeitung«. Darin heißt es, eine »Ermunterung zur Parteispende im Führungskreis der Gauselmann-Gruppe« würde »kein Annahmeverbot begründen«. Familienmitglieder hätten der Partei über einen Zeitraum von zehn Jahren 74836 Euro gespendet.... Vollständige Meldung Grüße

Autor	Beitrag
gmg 20.02.2011 13:11	:moin: wie man dem Artikel in der FAZ vom 18. 02. 2011 entnehmen kann, hat sich die Anzahl der Gauselmann Spielhallen mittlerweile doch "ein bisschen" erhöht: Zitat on In ganz Deutschland betreibt das Unternehmen Tausende Spielhallen, im Rhein-Main-Gebiet ist die Gauselmann AG vor allem mit der Marke „Merkur“ bekannt. Zitat off Hoffentlich ist diese Zahl dem Paul Gauselmann auch bekannt.... :kopfkratz: Link Grüße
KARO 20.02.2011 13:29	:moin: :moin: tausende Spielhallen :wand: :wand: da kann man mal sehen und lesen welch übles Spiel hier betrieben wird , die FAZ hat wirklich ein Brett vorm Kopf .
96er 20.02.2011 14:15	http://www.westfalen-blatt.de/nachrichten/regional/luebbecke.php?id=46649&artikel=1 "Der Bundestagsverwaltung liegt nach eigenen Angaben eine Selbstanzeige der Partei vor. SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks sagte, es sei »unerheblich«, bei welcher Firma Spender arbeiteten." Wenn es demnach überhaupt eine Frage nach "Schuldigkeit" gibt, liegt diese wohl vor allem bei den Parteien, denn "Der Vorwurf der versuchten Einflussnahme entbehre bei dieser Größenordnung »jeder Grundlage«." Zudem werden in den Artikeln auch andere Spenden der Gauselmann-Gruppe erwähnt, zum Beispiel 6.000 Euro an die Zocker-Hilfe Herford.
rosebud 20.02.2011 14:49	hi, man sollte hier die Kirche im Dorf lassen ! Herr Gauselmann und seine Angestellten dürfen genauso an Parteien spenden wie wir alle - jegliche Unterstützung der Parteien dient der Fortentwicklung der Demokratie. grüsse
gmg 20.02.2011 16:21	Weiter geht es in der "Berichterstattung" der Süddeutschen Zeitung mit einem Kommentar... Zitat on Parteispenden von Gauselmann Clever, sehr clever! Zu clever? Was bei Flick, Kohl und Co. noch greifbar war, ist mittlerweile viel subtiler. Das Spendensystem des Glücksspielkönigs Gauselmann ist scheinbar grundehrlich und doch nur raffiniert - es ist die neueste Methode der Parteienfinanzierung. Zitat off Vollständig nachlesbar Grüße

Autor	Beitrag
Meike 20.02.2011 17:53	Hallo bandick, Du schreibst "Fakt ist" und begründest Deine Behauptung dann mit einem Zeitungsartikel, der darstellt, wieviel Spenden die Parteien erhalten haben. Das ist unlogisch. Wie ich oben bereits erläutert hatte, kann eine Partei ohne Spenden auskommen. Alle notwendigen laufenden Kosten sind gedeckt. Sie kann sich dann nur kein "Schischi" erlauben. Gelebte Demokratie hängt nicht von einem "Wettrüsten" von Give-aways oder Wahlkampfveranstaltungen im Amerikanischen Stil ab. Hallo rosebud, da gebe ich Dir vollkommen recht. Die Nehmerseite sollte hier viel mehr hinterfragt werden. Gruß Meike

Autor	Beitrag
heins Meiser 20.02.2011 18:56	@ALLE Ich möchte mal etwas klarstellen: Die Offenlegung dieser Art von Parteispenden suggeriert der Öffentlichkeit, dass wir Automatenaufsteller soviel Geld verdienen, dass wir uns hochbezahlte Führungskräfte erlauben können, die dann ein Teil ihrer Bezüge dazu verwenden, dass die Politik nach unserer Pfeife tanzen würden. BITTE! Das ist mitnichten der Fall. Ich kann mir weder eine hochbezahlte Führungskraft erlauben, noch kann ich Geld für Politiker- bzw. Pareienspenden abzwegen. Bei mir sieht es Monat für Monat so aus, dass ich gerade so um die Runden kommen. Mit 12 Geräten innerhalb einer recht gut laufenden Spielhalle erwirtschaftete ich etwa 3000 bis 4000 € Überschuss, also nach Abzug aller Kosten aber vor Steuer und damit meine ich meinen persönlichen Unternehmerlohn inkl. der Verzinsung meines eingesetzten Kapitals! Jetzt stellt sich doch die alles entscheidende Frage, woher kommt das viele Geld für die große Anzahl von hochbezahlten Führungskräften, Parteispenden, Großspielhallen, Fernsehwerbung und vieles mehr? @gmg DIE ZEIT "5.21. SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks "unerheblich" SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks erklärte, es sei "unerheblich", bei welchem Unternehmen Spender arbeiteten. Und so definiert SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks "unerheblich": AWI auf SPD-Bundesparteitag SPD-Bundesschatzmeisterin Barbara Hendricks im Gespräch mit AWI-GF Dirk Lamprecht Vom 13. bis zum 15. November präsentierte sich die AWI mit einem Entertainment-Stand auf dem Bundesparteitag der Sozialdemokraten in Dresden. Neben angeregten Diskussionen im Plenum und auf den Ausstellungsflächen, suchten viele Delegierte Entspannung bei einem kurzen Spiel am Trendy, Photo Play oder Bowl-O-Rama. Gemeinsames Spielvergnügen bot der altbewährte Kicker. Auch SPD-Bundesschatzmeisterin und Staatssekretärin a. D., Barbara Hendricks ließ es sich nicht nehmen, eine Partie Kicker zu spielen. Darüber hinaus ließ sie sich über die aktuelle Entwicklung in der Unterhaltungsautomatenwirtschaft von AWI-Geschäftsführer Dirk Lamprecht informieren. Bild: http://www.freizeitwirtschaft.de/app/webroot/user/web/IMG_1081a_454.JPG http://www.awi-info.de/testumgebung2/index.php/site/news/241 " Quelle: http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-02/parteispenden-gauselmann?commentstart=17#comments

Autor	Beitrag
Meike 21.02.2011 06:29	Hallo Heins, wie erklärst Du Dir denn die hohen finanziellen Mittel für - Bonussysteme / Umsatzbeteiligungen der Mitarbeiter - hohe Spendenbereitschaft - Promotionturniere mit Gewinnmöglichkeiten - Einsatzfreie Handy-Rubbellosaktionen mit Bargeldgewinnmöglichkeiten - Buffetaktionen und Cocktailabende - ständige Expansion usw. Ihr solltet doch alle mit bauartgleichen Equipment arbeiten, oder nicht? Gruß Meike
bandick 21.02.2011 08:07	hallo meike, aber genau dieses "schischi" ist es doch, was den ausschlag gibt. dein statement "Wie ich oben bereits erläutert hatte, kann eine Partei ohne Spenden auskommen. Alle notwendigen laufenden Kosten sind gedeckt." meinst du doch wohl nicht im ernst. mach doch mal die augen auf! dein glaube an das gute und die gelebte demokratie ist ja ganz süß, aber vollkommen weltfremd. gelebte demokratie basiert auf "schischi".
Rosewood 21.02.2011 08:42	quote----- Du schreibst "Fakt ist" und begründest Deine Behauptung dann mit einem Zeitungsartikel, der darstellt, wieviel Spenden die Parteien erhalten haben. Das ist unlogisch. Wie ich oben bereits erläutert hatte, kann eine Partei ohne Spenden auskommen. Alle notwendigen laufenden Kosten sind gedeckt. ----- Vielleicht bei Linkspartei oder anderen radikalen Organisationen, die noch irgendwelche Geheimkonten haben oder der SPD, der ein Druckimperium gehört. Bei manchen Parteien deckt der Mitgliedsbeitrag eines einzelnen Mitglieds nicht einmal die jährlichen Portokosten um das entsprechende Mitglied zu Veranstaltungen und dergleichen einzuladen. Von den Abgaben an den nächst höheren Verband mal ganz abgesehen. Ich weiß nicht in welchem reichen Kreisverband du tätig bist, meiner ist in jedem Fall auf Spenden angewiesen. By the way: Jeder Mitgliedbeitrag ist eine "Parteispende", jedenfalls bekommen ich am Jahresende immer eine entsprechende Quittung. Und sollte man mehr als den Beitrag zahlen, den man aufgrund seines Gehaltes so entrichten sollte, ist das auch wieder eine Spende. Also, bitte nicht so ein Quatsch schreiben, wenn man öffentlich keine Ahnung hat, oder sich mal bei den Parteien erkundigen.

Autor	Beitrag
Meike 21.02.2011 09:34	Hallo Rosewood, vielleicht solltest Du Deine Jahresmitteilung Deines Kreisverbandes nochmal in Ruhe durchlesen. Üblicher Weise erhält man zwei Bescheinigungen a) für die Mitgliedsbeiträge b) für die Spende Auch solltest Du dich mit Deiner Steuererklärung nochmal auseinander setzen - mich stört es ja nicht, wenn man mich berichtigt, aber bitte mit Substanz- http://www.steuerthek.de/handbuch/est/sonderausgaben_spenden_parteispenden.htm Wenn Du natürlich einer Partei angehörst, die weder Mandatsträger hat, noch eine Fraktion stellt, ist Eure Finanzierung sicherlich problematisch. Aber ich bin jetzt nicht von Splitterparteien ausgegangen, die über ihre Verhältnisse leben. Und wenn eine Partei aufgrund erheblicher Stimmeverluste Einnahmeeinbußen hat, dann muss sie eben wie jedes Unternehmen auch Sparmaßnahmen einführen. Hallo bandick, in welchem Kreisverband bist Du denn tätig, dass Eure laufenden Kosten nicht durch die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge, die Mandatsbeiträge und die Gemeinde- und Kreiszuwendungen gedeckt sind? Gruß Meike P.S.: Für jeden, der sich informieren möchte http://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/index.html
bandick 21.02.2011 11:56	hallo meike, dir wird aber sicherlich aufgefallen sein, dass die mitgliedszahlen vieler, und vor allem großer parteien rückläufig sind, und damit auch die einnahmen aus mitgliedsbeiträgen weniger werden. der staat zahlt im zuge dessen weniger zuschüsse denn die sind (wie du als expertin in rechtsfragen sicherlich weißt) gemäß eines urteils des bundesverfassungsgerichts an die verankerung der parteien im volk gebunden. daraus folgt, dass den einnahmen aus spenden eine zunehmende bedeutung zukommt. das wirst du doch wohl nicht allen ernstes anzweifeln?

Autor	Beitrag
Rosewood 21.02.2011 12:20	In dem Zusammenhang ist in der FAZ auch ein interessanter Artikel erschienen: quote----- Spielhallenbetreiber Gauselmann Paul, der Kämpfer Paul Gauselmann ist der Gründer von Deutschlands führendem Spielhallen-Konzern. Jetzt ist er ins Gerede geraten, weil er alle Parteien mit Spenden unterstützt. Er selbst versteht die Aufregung nicht. Von Georg Giersberg 18. Februar 2011 Paul Gauselmann ist ein Unternehmer - mit allen Facetten, die diese Bezeichnung beinhaltet. Als erfolgreich, barock und eigenwillig wird er oft bezeichnet, auch als Urgestein der Branche oder als Sonnenkönig. Am gerechtesten wird man ihm wohl mit dem Attribut rustikal. Der Patriarch empfängt seine Gäste gern in ausladenden Ledersesseln zu Zigarren und Rotwein. Gern zeigt er die Früchte seines Erfolges. Gauselmann macht nichts heimlich. Muss er auch nicht. Selbst seine ärgsten Feinde - und an Feinden mangelt es dem ostwestfälisch sturen Unternehmener gewiss nicht - sprechen ihm nicht seinen Erfolg ab. Gauselmann hat eine fast bilderbuchhafte Karriere vorzuweisen. Der 1934 in Münster als Sohn eines Handwerkers geborene Gauselmann schloss 1950 die Volksschule als bester seines Jahrgangs ab, wie er noch heute in seiner Biografie betont. Die anschließende Lehre als Fernmelderevisor bei der „Telefonbau und Normalzeit“ habe er mit Auszeichnung abgeschlossen. Mit 21 Jahren habe er als jüngster Revisor einen eignen Bezirk bekommen und bereits Personalverantwortung für zwei Monteure gehabt, einen eigenen VW und umgerechnet 165 Euro Einkommen, „ein guter Verdienst für damalige Zeiten“, wie er selbst schreibt. Aufstieg mit Merkur-Spielhallen Aber Gauselmann wollte mehr. Er wurde Generalimporteur für amerikanische Wurlitzer-Musikboxen. Nebenbei erfand der Tüftler eine Fernwahlbox für deutsche Musikboxen - sein erstes Patent, dem mehrere hundert folgen sollten. Seine erste Erfindung brachte ihm zwar auch die Stelle als Entwickler einer Musikautomatenfirma ein, aber zufrieden machte ihn das nicht. Neben seiner 48-Stunden-Woche baute er ein Automatenaufstellunternehmen auf. Damit machte er sich 1964 selbständig. Zehn Jahre später gründete er die eigene Spielstättenkette Merkur in Espelkamp, die heute das Bild deutscher Innenstädte ebenso prägt wie große Einzelhandelsketten. Später stieg Gauselmann auch wieder in die Produktion von Spielgeräten ein, in das Geschäft mit Sportwetten und Online-Spielen. Aber seine größte und politisch umstrittenste Leistung ist der Aufbau der Merkur-Kette. Die meist in Fußgängerzonen gelegenen Spielhallen haben das Glücksspiel aus der Schmutzdecke geholt. Aber Spielen, vor allem um Geld, kann eben auch süchtig machen. Das würde nicht einmal Gauselmann bestreiten. Aber er zieht andere Schlüsse aus dieser Tatsache als die vielen Politiker, die ihm auf Europa-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene immer wieder das Geschäft schwermachen. Jeden politischen Vorwurf der Verwerflichkeit seines Tuns beantwortet er mit dem Vorwurf der Verlogenheit. Die Politiker bekämpften private Lotterien, träten aber mit Geld aus dem staatlichen Lotto-Monopol gern als Spender auf. Aber Gauselmann weiß natürlich auch, wie sehr er auf eben diese Politiker angewiesen ist - im Zweifel auf alle, unabhängig von der Partei. Daher unterstützt er auch alle Parteien mit Spenden. 80.000 Euro bekamen sie von ihm und seinen Mitarbeitern im vergangenen Jahr in 26 Einzelbeiträgen. Diese Art des Spendensplittings zwischen ihm und seinen Mitarbeitern mag man schlitzohrig nennen oder moralisch verwerflich, verboten ist sie nicht. Er habe das Spendengeld seinen Mitarbeitern nicht ersetzt.

Autor	Beitrag
	Sein Konzern hat fast 6000 Mitarbeiter Gauselmann kämpft eben mit allen Waffen. Dass ihm der Kämpfer zur zweiten Natur wurde, ist zum einen Folge seines eigenen mühsamen Aufstiegs zur europäischen Nummer eins seiner Branche mit insgesamt mehr als 1 Milliarde Euro Umsatz. Sein Kampfgeist hängt aber auch mit der Branche zusammen, die wie wenige andere hart am Rande der Legalität arbeitet. Gauselmann glaubt, der Freiheit eine Bresche zu schlagen, wenn er Vorwürfe gegen das Glücks- und Gewinnspiel zurückweist. „Spielen braucht Freiheit. Wie wir aus unserer Vergangenheit im Osten, aber auch im Westen wissen, ist die Freiheit immer in Gefahr, von rechten oder linken Ideologen beschnitten zu werden. Wer die Freiheit braucht, um zu spielen oder - so wie wir - Spiele in engem gesetzlichen Rahmen gewerblich anzubieten, sollte die freiheitlichen Kräfte in Deutschland stärken. Nichts anderes haben wir gemacht“, schreibt Gauselmann als Antwort auf die jüngsten Vorwürfe, er habe Politiker zu beeinflussen versucht durch Spenden, die sich in vielen Jahren auf Millionen addiert haben. Mangelndes Selbstbewusstsein kann Gauselmann niemand vorwerfen. Mangelnden Einsatz auch nicht. Der Landesmeister im Tennis der mehr als 65 Jahre alten wird nicht ruhen, sich für sein Unternehmen einzusetzen. Das sei er auch seinen fast 6000 Mitarbeitern schuldig. Alle Anfeindungen werden ihn nicht davon abhalten, auf seine Art weiterzumachen - mit Respekt heischenden Erfolg für die einen, mit moralisch zweifelhaften Mitteln für die anderen. http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~ED603B571DF8645CDA1CE3AC4BC150114~ATpl~Ecommon~Scontent.html -----

Autor	Beitrag
Meike 21.02.2011 14:02	Hallo bandick, das Urteil des Bundesverfassungsgericht stell bitte mal ein , dass der Staat angeblich Zuschüsse nach Mitgliederanzahl zahlt. Schon wieder stellst Du eine Behauptung auf ohne Quelle. Warum liest Du denn nicht einmal die von mir eingestellte Quelle zur Parteienfinanzierung? Der Deutsche Bundestag sieht es wesentlich anders als Du. Anbei auch ein Artikel in dem sehr einfach die Zusammenhänge erläutert sind. http://www.derwesten.de/nachrichten/Kreisverbaende-schulden-der-CDU-1-2-Millionen-Euro-id4028106.html Lies auch mal in Deinem Landeshaushalt wieviel die Landtagsfraktionen monatlich an Zuschüssen erhalten. Anbei der Link für NRW. http://fm.fin-nrw.de/info/fachinformationen/haushalt/havinfo/hh2010.ges/daten/pdf/2010/hh01/kap010.pdf Und dann such noch das Fraktionsgesetz für Dein Bundesland heraus, anbei der Link für NRW. http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.2/Gesetze/fraktionsgesetz.jsp §3 Fraktionsgesetz (4) Die Fraktionen dürfen die ihnen gewährten Leistungen nur für eigene Zwecke verwenden. Eine Verwendung für Parteiaufgaben ist unzulässig. Finanzielle Zuwendungen Dritter dürfen nicht angenommen werden. Und dann versuche mal zu erklären, warum Du glaubst, dass die Demokratie ein Problem bekommen würde, wenn Parteispenden untersagt würden? Mit Verlaub, aber für die Demokratie zahlt der Deutsche Steuerzahler ziemlich kräftig. Daher sollte er auch wissen, welche Partei sich von wem in welcher Höhe zusätzlich unterstützen lässt. Gruß Meike

Autor	Beitrag
jasper 21.02.2011 20:07	quote----- Original von Frank3333 Parteispenden gehören verboten gerade Wirtschaftsunternehmen sind keine Sozialeinrichtungen, wird von Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden Geld an eine Partei gezahlt, dann ist das keine Spende, sondern Korruption, denn es geht ja nicht um den Erhalt der Demokratie, sondern um die Umgehung demokratischer Strukturen, weil man ja keine Stimmenmehrheit hat, sondern nur finanziell eine Meinungshoheit erkaufte hat - man kauft sich das, was man haben will, so einfach ist das gerade in der Spitzenpolitik sollten darauf sowohl für denjenigen der bezahlt, also die Führung des Unternehmens als auch für den Politiker, der das Geld entgegen nimmt hohe Haftstrafen eingeführt werden und wie im Sport beim Doping eine lebenslanges Berufsverbot in der Politik ausgesprochen werden ein weiterer Vorteil wäre, dass die Parteien mit dem Geld, das dann ausschließlich aus dem Steuerzahlertopf kommt, auskommen müssten, wenn sie pleite gehen, dann war es das und eine Partei, die ihren Parteihaushalt nicht in Ordnung halten kann, sollte ja wohl auch nicht mit der Leitung eines Staatshaushaltes beauftragt werden http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-02/parteispenden-gauselmann?commentstart=17#comments ----- :respekt: Dem ist nichts hinzuzufügen
gmg 22.02.2011 10:51	Der Automatenkonzern Gauselmann könnte mit seinem Spendensystem gegen Vorschriften des Parteiengesetzes verstoßen haben. Die Bielefelder Staatsanwaltschaft habe deshalb den Fall "zur eigenständigen Prüfung" an die zuständige Staatsanwaltschaft in Berlin geschickt, sagte der Bielefelder Oberstaatsanwalt Klaus Pollmann dem Blatt. Vollständige Meldung Grüße

Autor	Beitrag
Meike 23.02.2011 07:31	http://www.transparency.de/Spenden-Gluecksspielkonzern-an.1829.0.html "Gauselmänner"-Spenden: Transparency fordert Untersuchung durch Bundestagspräsidenten und Verschärfung der Spendenregeln "Transparency Deutschland fordert: 1. Sofortige Offenlegung der Spendenhöhe und der Namen der Abgeordneten und Parteien, an die Gelder der "Gauselmänner" geflossen sind, durch den Bundestagspräsidenten 2. Untersuchung durch den Bundestagspräsidenten, inwieweit die Spenden erkennbar in Erwartung oder als Gegenleistung eines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Vorteils gewährt wurden, was nach dem Parteiengesetz verboten ist 3. Senkung der Veröffentlichungspflicht von Parteispenden von 10.000 Euro auf 2.000 Euro 4. Verbot der Annahme von Direktspenden durch Abgeordnete im Abgeordnetengesetz 5. Kontrolle der Einhaltung des Parteiengesetzes durch ein unabhängiges Gremium Michael Koß, Leiter der Arbeitsgruppe Politik bei Transparency Deutschland und Parteienfinanzierungsexperte: "Ich finde es absurd, dass Transparency seit Jahren die Absenkung des Wertes, ab dem Parteispenden veröffentlicht werden müssen, von 10.000 Euro auf 2.000 Euro fordert und sich jetzt herausstellt, dass die Gauselmänner wohl immer zwischen 2.000 und 6.000 Euro gespendet haben sollen".
Carlo 23.02.2011 13:41	Jetzt stellt man sich mal vor, in welcher Form die "Hartz IV-Reform" zum Abschluss gekommen wäre, wenn die Hartz IV-Empfänger-Lobby die politischen Entscheidungsträger, sprich Parteien, durch Spenden hätte ermuntern können. Leider gibt es keine zahlungskräftige "Hartz IV-Empfänger-Lobby", daher müssen die vom Brosame der anderen leben.
Rosewood 23.02.2011 14:03	quote----- daher müssen die vom Brosame der anderen leben ----- Unter anderem auch von meinen und vor allem von Großsteuerzahlern wie dem gewerblichen Spiel. Der Vergleich hinkt so was von. Mit meinen Steuergeldern sollen Hartz IV Empfänger jetzt auch noch was an die Politik spenden, damit sie noch mehr von meinem Lohn bekommen??? Ich zahle gerne Steuern und halte die Solidargemeinschaft auch für eine tolle Sache, aber Solidarität kann ja wohl nicht heißen, die einen Arbeiten und die anderen leben dauerhaft von Sozialleistungen (Transferleistungen).
LKKS 24.02.2011 06:29	Adhoc fallen mir zwei Fälle der Frühverrentung wegen Arbeitsunfähigkeit u.a. aufgrund pathologischer Spielsucht ein. Deren Zusatzkosten für die Solidargemeinschaft muß ich ebenfalls mittragen, obwohl ich weiß Gott nicht zu denen zählen kann, welche sich die Taschen durch die Förderung der Spielsucht dieser beiden armen Mitmenschen gefüllt haben. Wie wäre es mit einer Abgabe zur Verhinderung der gesellschaftlichen Folgen der Spielsucht durch diejenigen die Millionen spenden können?

Autor	Beitrag
Rosewood 24.02.2011 08:59	Guter Vorschlag, da sollten wir der guten Ordnung halber und weil die Folgekostenvertrag für die Gesellschaft wesentlich höher sind, natürlich auch die Brauereien, die Alkoholhersteller, die Zigarettenproduzenten, die Lebensmittelindustrie (vor allem Süßwarenhersteller), die Pharmaindustrie, die Hersteller von Sportartikeln, vor allem für Extremsportarten mit einbeziehen. Sollten mir noch mehr einfallen, werde ich sie gerne umgehend nennen. By the way: jetzt wird aus einer spekulierten Million in zwanzig Jahren schon Millionen, mal schauen, wann die Milliardenengrenze überschritten wird. :wand: :wand: :wand:
Meike 24.02.2011 09:08	Hallo Rosewood, die Zahl hatte sich doch nicht LKKS ausgedacht, sondern wurde entsprechend veröffentlicht, denn neben der jährlichen Parteispende wird doch noch weiter gespendet, so u.a. http://www.mt-online.de/lokales/wirtschaft...ollziehbar.html Abrusatz: "Das Unternehmen setzt sich in hohem Maße für soziale und kulturelle Zwecke ein." Tatsächlich spendet Gauselmann jährlich mehr als eine Million Euro für soziale und kulturelle Projekte in der Region." Gruß Meike
Rosewood 24.02.2011 09:37	Du glaubst doch nicht im ernst, das Lkks diese Spenden gemeint hat. Denn wenn doch, ist der Hinweis ja noch überflüssiger.
Meike 24.02.2011 14:27	Hallo zusammen, anbei der Bericht aus dem WDR mit Stellungnahme von Herrn Hoffmeister und Lobby Control e.V. http://www.wdr.de/mediathek/html/regional/rueckschau/2011/02/18/lokalzeit_owl_aktuell.xml?mo=239 Gruß Meike

Autor	Beitrag
Walter B 24.02.2011 18:28	quote----- Original von Meike Hallo zusammen, anbei der Bericht aus dem WDR mit Stellungnahme von Herrn Hoffmeister und Lobby Control e.V. http://www.wdr.de/mediathek/html/regional/rueckschau/2011/02/18/lokalzeit_owl_aktuell.xml?mo=239 Gruß Meike ----- Hallo Meike. ich bin erstaunt, Deine Beiträge kommen jetzt auch tagssüber. Nicht mehr morgens um 5.00. Was ist passiert? Frau eszet nicht da?

Autor	Beitrag
Meike 25.02.2011 11:55	Hallo zusammen, es gibt noch viele Arten von Spenden, denn diese können auch indirekt über parteieigene Firmen, bzw. Firmen an denen die Partei große Anteile hat, erfolgen. Daher muss man vielleicht viel mehr um die Ecke denken, als bisher geschehen. Einige Parteien haben nämlich eigene Firmen Beispiel: http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD14-138.pdf?von=1&bis=0 http://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Demokratische_Partei Unternehmensbeteiligungen und Grundstücke [Bearbeiten] Die FDP hält Firmenbeteiligungen im Wert von rund vier Millionen Euro. Das Haus- und Grundvermögen der Partei wird mit 2,8 Millionen Euro bewertet. Zu ihren Firmen gehören: • Reinhardtstraßenhöfe GmbH& Co. KG in Bonn zu 33,33 Prozent mit einem Eigenkapital von (-25.400.000) Euro. Zugehörig ist die Reinhardtstraßenhöfe Verwaltungs GmbH in Siegburg, an der die FDP 33 Prozent hält. • Die LIBERAL Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH in Bonn gehört zu hundert Prozent der FDP. Ebenfalls vollständig gehören der FDP: • Liberale Wirtschafts-Dienstleistungs GmbH Düsseldorf • Niedersachsen GmbH Hannover • Universum GmbH • 71 Prozent hält die FDP an der ProLogo Gesellschaft für Veranstaltungsorganisation mbH in Bonn. • 60 Prozent an der altmann-Druck GmbH, Berlin Über diese Beteiligungen hält die FDP Anteile an folgenden Firmen: • Universum Verlag GmbH, 50 Prozent • Universum Kommunikation und Medien AG, 50 Prozent • liberal Verlag GmbH Berlin, 50 Prozent • Naatz+Partner Produkt Service GmbH Idstein, 13 Prozent.

Autor	Beitrag
Meike 26.02.2011 11:43	Hallo zusammen, die Rechenschaftsberichte der Parteien erfolgen zwar immer sehr zeitverzögert, aber sind sicherlich interessant. Anbei der Link zu allen bis jetzt veröffentlichten Rechenschaftsberichten der deutschen Parteien. http://www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/01/01_23/index.html Der letzte aktuell veröffentlichte Rechenschaftsbericht der Regierungs- und Oppositionsparteien. http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700630.pdf Und hier das Jahr zur novellierten SpielV. Dort kann man z.B. auf S. 31 lesen, dass der VDAI an die CDU 10.300,-€ gespendet hatte. http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/050/1605090.pdf Gruß Meike
jochen B. 28.02.2011 14:18	Gutenberg vs Gauselmann :kopfkratz:
LKKS 28.02.2011 14:41	Was hat der Bibeldrucker mit dem Automatenhersteller zu tun? Falls Sie den Bundesverteidigungsminister meinen sollten: Freiherr zu Guttenberg. Aber auch da vermag ich keinen innereen Zusammenhang herzustellen. Oder hat Paul G. den auch gesponsort?

Autor	Beitrag
Carlo 01.03.2011 12:27	quote----- Original von Rosewood daher müssen die vom Brosame der anderen leben ----- Unter anderem auch von meinen und vor allem von Großsteuerzahlern wie dem gewerblichen Spiel. Der Vergleich hinkt so was von. Mit meinen Steugeldern sollen Hartz IV Empfänger jetzt auch noch was an die Politik spenden, damit sie noch mehr von meinem Lohn bekommen??? Ich zahle gerne Steuern und halte die Solidargemeinschaft auch für eine tolle Sache, aber Solidarität kann ja wohl nicht heißen, die einen Arbeiten und die anderen leben dauerhaft von Sozialleistungen (Transferleistungen). Ich meine nicht die Schmarotzer, sondern nur die tatsächlichen Hartz IV-Empfänger. Ich meine auch, dass vor dem Gesetz alle gleich sind! Diese verfassungsmäßige Gleichheit darf nicht durch Lobbyistenarbeit oder Parteispenden unterwandert werden. Solidarität heißt auch, dass die einen arbeiten und die anderen die keine Arbeit bekommen, ausreichende Sozialleistungen erhalten! Genau darüber wurde, auch aufgrund einer fehlenden Lobby, ein Jahr lang politisch gestritten und das ist eine Schande.

Autor	Beitrag
Meike 01.03.2013 18:47	Hallo zusammen, offenbar stehen die Zeichen auf "Große Koalition" und die vehemente öffentliche Kritik zeigt langsam Wirkung http://www.fr-online.de/politik/abkommen-gegen-korruption-kauder-und-opposition-einig-bei-abgeordneten-bestechnung.1472596,21978678.html Jahrelang blockierte Schwarz-Gelb die Ratifizierung des UN-Abkommens gegen Korruption. Jetzt gibt es in Teilen der CDU offenbar einen Sinneswandel. Die FDP sperrt sich noch. Rechtspolitiker haben sich fraktionsübergreifend auf eine Verschärfung der Strafen für die Bestechung von Abgeordneten in Deutschland verständigt. Danach sollen Mandatsträger mit Gefängnis von bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe auch bestraft werden, wenn sie als Gegenleistung Vorteile fordern oder sich für spätere Zeiten versprechen lassen. Ebenso soll unter Strafe gestellt werden, wer einem Abgeordneten im Bundestag, einem Landtag oder einem Gemeinderat in Ausübung des Mandats solche Zuwendungen anbietet oder in Aussicht stellt. Das vor zehn Jahren unterzeichnete Abkommen verpflichtet die Unterzeichner, gegen korrupte Amtsträger vorzugehen und bei solchen Delikten international eng zusammenzuarbeiten. Inzwischen haben über 160 Staaten die Konvention ratifiziert. Nur wenige Länder, darunter Deutschland, Syrien und Saudi-Arabien, haben dies bislang nicht getan. Auch die meisten deutschen Wirtschaftsverbände und Dax-Unternehmen hatten mehrfach an den Bundestag appelliert, das UN-Abkommen so schnell wie möglich in Kraft zu setzen. Die Opposition begrüßte die Bewegung bei der Union. Jetzt gebe es die Chance, noch in dieser Wahlperiode zu einer Entscheidung zu kommen, sagte SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht. Es sei eine „Blamage“, dass sich die FDP dabei immer noch sperre.
LKKS 01.03.2013 18:49	quote----- Die FDP sperrt sich noch. ----- Wen wunderts? Ohne Schmiergelder ist die FDP zum Untergang verurteilt.

Autor	Beitrag
lodermulch 01.03.2013 19:05	hilft nicht, das ministerium bleibt auf absehbare zeit "verseucht" (<--- satire). wir können dann aber immerhin noch hoffen, dass die paar millionen für indirekte beteiligungen an druckereien usw. bald nur noch unter "peanuts" fallen, jetzt, wo unser wirtschaftsminister den ganz großen topf gebuttert hat -- - die öl- und gasförderunternehmen nämlich. evtl. wird dann beim beschützen von frackenden milliardenkonzernen so viel energie in der behörde verbraucht, dass die entsprechenden dezernenten kein zeit mehr haben, der glücksspielbranche gesetze und vorschriften auf den leib zu stricken, und ein neuer anlauf zum spielerchutz, vielleicht in ein, zwei jahren , wird dann nicht mehr so raffiniert unterwandert.
LKKS 01.03.2013 19:13	Unser neuer Bundeswirtschaftsminister wird ein Machiavelli sein müssen. Köpfe müssen rollen, damit dieser Sumpf austrocknet.

Autor	Beitrag
Meike 22.03.2013 15:30	http://www.lobbycontrol.de/2013/03/verhaltenskodex-sorgt-fur-wirbel/ Die Bundestagsabgeordneten Marco Bülow (SPD) und Gerhard Schick (Grüne) haben einen freiwilligen Verhaltenskodex für Abgeordnete entwickelt, über den ZEIT ONLINE heute berichtet. Der Kodex umfasst zwei Teile: Im ersten verpflichten sich die Abgeordneten zu hohen Transparenz- und Ethikstandards etwa bei Nebeneinkünften und Kontakten mit Lobbygruppen. Der zweite Teil ist eine politische Selbstverpflichtung, sich in Zukunft für ein verpflichtendes Lobbyregister und andere verbindliche Regeln einzusetzen. Laut ZEIT wird der Kodex bisher von etwa einem Dutzend Abgeordneten von SPD und Grünen unterstützt. Der Kodex trägt dazu bei, eine Diskussion über Transparenz und ethische Standards anzustoßen. Die aktuelle Version ist ein Entwurf zur Diskussion. Die Inhalte können sich daher noch ändern. Wir hoffen auf Wirbel und viele UnterzeichnerInnen Wir begrüßen die Initiative ausdrücklich und fordern Abgeordnete aller Parteien auf, sich mit den Inhalten des Kodex auseinanderzusetzen. Wir haben bereits im Vorfeld Marco Bülow und Gerhard Schick unsere Kommentare zu einzelnen Regelungen geschickt. Der endgültige Text liegt jedoch allein in ihrer Verantwortung. Aus unserer Sicht enthält der Kodex viele sinnvolle Vorschläge, auch wenn es sicherlich an einzelnen Punkten noch Diskussionsbedarf gibt. Zugleich ist klar, dass eine freiwillige Initiative nicht strukturelle Reformen und verpflichtende Regeln für alle Abgeordnete ersetzen kann. Für uns war daher auch der zweite Teil des Papiers wichtig, um überfällige gesetzliche Maßnahmen wie die Neuregelung der Abgeordnetenbestechung oder ein Lobbyregister voranzubringen. Klar ist außerdem, dass nicht alle der im Kodex enthaltenen Verpflichtungen für gesetzliche Regelungen geeignet sind. Eine verpflichtende Karenzzeit für Abgeordnete etwa ist rechtlich schwierig. Wir fordern solche Karenzzeiten bisher nur für Minister, Staatssekretäre und Abteilungsleiter. Wir hoffen, dass die Initiative die Diskussion vertieft, was Abgeordneten beim Umgang mit Lobbygruppen beachten sollten und welche Transparenzverpflichtungen und Schranken – etwa bei Nebentätigkeiten – sich daraus ergeben. Insofern ist es positiv, wenn die Initiative bereits jetzt für Wirbel sorgt. Nächste Woche wollen Bülow und Schick die Parlamentarier parteiübergreifend über den Kodex informieren und nach der Osterpause mit ihnen darüber diskutieren. Die Inhalte im Überblick Nach dem bisherigen Kodexentwurf würden sich unterzeichnende Abgeordnete u.a. verpflichten: • Alle Nebeneinkünfte betragsgenau offenzulegen; • Nicht bei Unternehmen oder Verbänden zu arbeiten, die mit dem eigenen politischen Fachgebiet in Zusammenhang stehen und höchstens drei bezahlten Nebentätigkeiten dauerhaft nachzugehen; • Verdienste aus Nebentätigkeiten, die über das Jahr gerechnet mehr als die Hälfte der Abgeordnetendiät ausmachen, an eine gemeinnützige Organisationen zu spenden; • Alle Spenden, die die Abgeordneten erhalten bereits ab 1.000 Euro offenzulegen (bisher werden derartige Spenden erst ab 5.000 Euro offen gelegt); • Regelmäßig darüber zu berichten, mit welchen Lobbyakteuren Treffen stattgefunden haben; • Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag für drei Jahre nicht als Lobbyist zu arbeiten; • Keine Geschenke oder Essenseinladungen über einem Wert von 100 Euro anzunehmen und sich von Lobbygruppen oder Unternehmen nicht zu Reisen

Autor	Beitrag
	einladen zu lassen. Neben der Selbstverpflichtung zu diesen Verhaltensmaßgaben, enthält der zweite Teil des Kodex die Verpflichtung, sich in Zukunft für folgende Punkte einzusetzen: &#9632;ein verpflichtendes Lobbyregister &#9632;eine Neuregelung der Gesetze zur Abgeordnetenbestechung, um den Weg für die Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption frei zu machen &#9632;die Einrichtung einer permanenten Ethik-Kommission im Bundestag, die in die Verhaltensregeln für Abgeordnete betreffenden Zweifelsfällen oder bei rechtlichen Unklarheiten angerufen werden kann
gmg 22.03.2013 15:34	Den vollständigen Verhaltenskodex Stand 15. 03. 2013 gibt es hier. Grüße
petergaukler 21.11.2018 14:45	Spenden eines Spielautomatenherstellers ! siehe Videolink 21.11.2018 ab 2.18min. https://www.youtube.com/watch?v=7YMUPjSLLd0 aber nur kurz erwähnt ! pg.

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge: